TRAGSTELLER: AFA OLDENBURG-STADT	
MIETSPIEGEL FÜR OLDENBURG	
Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:	
Die SPD-Ratsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass in Oldenburg ein Mietspiegel mit Berücksichtigung der Be- standsmieten eingeführt wird, sobald die Mietpreisbremse Diergestalt verschärft wurde das die Bestandsmieten der etzten 10 Jahre Berücksichtigung finden."	
<u>Segründung:</u>	
Bislang existiert in Oldenburg kein Mietspiegel. Durch ihn könnte nuch in der jetzigen Form, die nur die letzten vier Jahre der Ent- vicklung der Bestandsmieten berücksichtigt, zumindest eine Bremsung des Mietpreisanstiegs erreicht werden.	
lach einer Reform, die auch längerfristige Bestandsmieten be- ücksichtigt, könnte ein Mietspiegel zu einer dauerhaft wirksamel Begrenzung steigender Mieten führen.	ר
Veiterleiten an:	
voicement an.	
SPD-Ratsfraktion	

ANTRAG NR. AK4 48 ZUM UB-PARTEITAG SPD OLDENBURG AM 10.11.2018 49 ANTRAGSTELLER: AFA OLDENBURG-STADT 50 Bemerkungen Antragskommission: 51 Überweisung an den KOSTENSENKUNGS-AUF-AUSSETZUNG VON 52 **FORDERUNGEN** 53 54 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen: 55 56 57 Die SPD-Ratsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass in Oldenburg die Aufforderungen zur Kostensenkung des Job-58 centers an Leistungsbezieher*innen gemäß SGB II und XII 59 vorübergehend ausgesetzt werden, bis sich der Wohnungs-60 markt entspannt und sofern die Überschreitung der Mie-61 tobergrenzen geringfügig ist. 62 63 Begründung: 64 65 Derzeit werden auch in Oldenburg trotz des angespannten Woh-66 nungsmarktes durch das Jobcenter zahlreiche Aufforderungen 67 zur Kostensenkung selbst bei kleinen Differenzen von wenigen 68 Euros verschickt. Dies führt neben den persönlichen Härten für 69 die Betroffenen dazu, dass gerade in den umkämpften Markt für 70 günstigen Wohnraum zusätzliche Nachfrage hineingedrückt wird. 71 Dadurch steigen die Preise schneller als nötig. 72 73 Durch eine Aussetzung dieser Praxis oder alternativ städtische 74 Zuschüsse an die Betroffenen bis zu einer zu definierenden 75 Höhe könnte dieser Effekt vermieden werden – und ebenso die 76 Verdrängung armer Menschen an den Rand der Städte oder ins 77 Umland. Ein derartiger Zuschuss ist aufgrund der guten Haus-78 79 haltslage Oldenburgs zumindest vorübergehend leistbar. 80 Weiterleiten an: 81 82 SPD-Ratsfraktion 83 84 85 86 87 88 89 90 91 92 93

Antragsteller: AFA Oldenburg-Stadt	Bemerkungen
	Antragskommissio Überweisung an den
MARKT DER MÖGLICHKEITEN	Auswertung besteher Konzepte, um Lösun
WARRI BER WOOLIGINEITER	finden.
Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:	
<u></u>	
Die Stadt Oldenburg soll einen in regelmäßigen Abständen einen sogenannten "Markt der Möglichkeiten" anbieten, um Menschen in gleicher oder komplementärer Interessenlage auf dem Wohnungsmarkt leichter und persönlich zusam-	
menzuführen.	
Begründung:	
Trotz eines großen Angebots an traditionellen Maklern oder On- line-Plattformen für Immobilienanzeigen werden viele Bedürf- nisse auf dem Wohnungsmarkt nur unzureichend bedient. Oft fin-	
den Menschen nicht zusammen, obwohl sie zueinanderpassend	
Angebote und Interessen haben. Ebenso mangelt es an leicht	
zugänglicher Beratung, weswegen viele Möglichkeiten von den	
Betroffenen gar nicht erkannt werden können.	
Beispiele:	
- Menschen, die altersbedingt oder aus gesundheitlichen	
Gründen ihre Wohnung oder ihr Haus verlassen wollen o-	
der müssen und nach einer neuen Unterkunft, z.B. im be- treuten Wohnen, suchen.	
- Vereinsamte Menschen, die an ihrer Wohnsituation gerne	
etwas ändern möchten.	
- Menschen, die z. B. gemeinschaftliches Wohnen in Erwä-	
gung ziehen oder nicht ausschließen, aber noch keine	
Vorstellung von der Verwirklichung haben und daher Un- terstützung benötigen.	
terstatzang benotigen.	
Diese Menschen könnten über einen Markt der Möglichkeiten	
besser abgeholt und beraten werden und leichter auf passende	
Angebote stoßen. Ein solcher Markt müsste aber durch die Stadt	
gut vorbereitet werden und in regelmäßigen Abständen stattfin-	
den, um Wirkung zu entfalten. Gemeinnützige Motive sollten da-	
bei im Vordergrund stehen und nicht der individuelle Profit.	
Weiterleiten an:	
Trononon an.	
SPD-Ratsfraktion	

ANTRAGSTELLER: SPD ORTSVEREIN 1 MITTE-NORD	Bemerkungen
	Antragskommissior
BEBAUUNGSQUOTIENT EINFÜHREN	Überweisung an UBV
Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:	
Der Unterbezirkssonderparteitag fordert die Ratsfraktion der SPE Oldenburg auf zeitnah einen Beschluss im Rat der Stadt Oldenburg in die Wege zu leiten, mit dem Ziel den Flächenverbrauch durch Neubauten und Ersatzbauten zu regulieren. Hierzu sollen mindestens im Bereich zwischen Innenstadt Wallanlagen und Autobahnring ein Versiegelungsquotient und ein Flächenbebauungsquotient als Obergrenzen die Nachverdichtung einschränken.	
Begründung:	
Nachverdichtung erfolgt gegenwärtig z.T. einseitig nach Wohn- raumbeschaffungs- und Renditenmaximierungskriterien zu Las- ten der Bestandsbebauung, der Wohn- und Lebensqualität als auch des für Oldenburg typischen Stadtbildes.	
Weiterleiten an:	
Ratsfraktion der SPD Oldenburg	

l

ANTRAGSTELLER: SPD ORTSVEREIN 1 MITTE-NORD	Bemerkungen
	Antragskommission:
STEUER GEGEN ALTBAU ABRISS	Überweisung an den UBV
Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:	
Der Unterbezirkssonderparteitag fordert die Ratsfraktion der SP Oldenburg auf zeitnah einen Beschluss im Rat der Stadt Olden- burg in die Wege zu leiten, mit dem Ziel rechtlich zu prüfen, ob eine Abrisssteuer gestaffelt nach Baujahr eingeführt werden ann, die Altbauten (zusätzlich zum Denkmalschutz und andere Bestandsschutzmaßnahmen) besser vor Abriss und Nachver- lichtung schützt als bisher.	
Begründung:	
Abriss und Nachverdichtung erfolgen in Oldenburg oft ohne Rücksicht auf Stadtteil-prägende Bedeutung der Bestandsbeba Ing.	u-
Veiterleiten an: Ratsfraktion der SPD Oldenburg	

ANTRAGSTELLER: SPD ORTSVEREIN 1 MITTE-NORD	Bemerkungen
	Antragskommission:
	Überweisung an d UBV
Universitätsstadt Oldenburg	
Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:	
Der Unterbezirkssonderparteitag fordert die Ratsfraktion der SPD Oldenburg auf zeitnah einen Beschluss im Rat der Stadt Oldenburg in die Wege zu leiten, mit dem Ziel geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die Anbindung der Universität an die Innenstadt und die Entwicklung der Stadtteile um den Campus Ulhornsweg und der EMS voranzutreiben. Dabei sind ein universitäres Stadtteilzentrum mit Geschäften, die Schaffung weiterer öffentlicher Plätze und Grünanlagen sowie die Anbindung an die Innenstadt mit einer hochwertigen Express-Buslinie in besonderer Weise zu berücksichtigen.	
Begründung:	
Die Universitätsstadt Oldenburg profitiert noch nicht in ausreichendem Masse von den kulturellen und wirtschaftlichen Impulsen, die von der Uni und Ihren Studierenden ausgehen könnte. Dazu gehört, dass Uni und Stadt besser verbunden werden.	
Weiterleiten an: Ratsfraktion der SPD Oldenburg	
	1

ANTRAG NR. AK18 ZUM UB-PARTEITAG SPD OLDENBURG AM 10.11.2018 ANTRAGSTELLER: SPD ORTSVEREIN 1 MITTE-NORD Bemerkungen Antragskommission: MEHR URBANES GRÜN Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen: Der Unterbezirkssonderparteitag fordert die Ratsfraktion der SPD Oldenburg auf zeitnah einen Beschluss im Rat der Stadt Olden-burg in die Wege zu leiten, mit dem Ziel die urbane Begrünung voranzutreiben. Dazu sollen Straßenbegleitbäume, neue Parka-nalagen, guerilla gardening, Nachbarschaftsgartenprojekte und Dachbegrünungen gefördert werden. Begründung: Die Oldenburger lieben Ihre grüne große Stadt. Weiterleiten an: Ratsfraktion der SPD Oldenburg

ANTR	AGSTELLER: ASF OLDENBURG	Bemerkungen
		Antragskommission:
ALL	EINERZIEHENDEN EIN EIGENHEIM ERMÖGLI-	Überweisung an der UBV
Der S	PD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:	
unters	erziehende mit geringem Einkommen müssen derart stützt werden, dass auch ihnen der Bau oder Erwerb Eigentumswohnung/eines Eigenheims möglich wird.	
nre Eink jelfall ke naben. \ ler Alter	litvergaben sind alleinerziehende Personen u.a. durch kommenssituation derart benachteiligt, dass sie im Reeine Möglichkeit für eine Finanzierung einer Immobilie /or allem im Alter aber ist ein Eigenheim ein Schutz vor sarmut. Es ist zu prüfen, welche Fördermittel ggf. in ommen, um diese Ungleichheit abzufedern bzw. auszu-	
	iten an: raktion der SPD Oldenburg	

381	Antrag Nr. AS 1	
382	ZUM UB-PARTEITAG SPD OLDENBURG AM 10.11.2018	
383		
384	ANTRAGSTELLER: AFA OLDENBURG-STADT	
385		
386	STOPP VON MIETERHÖHUNGEN	Bemerkungen Antragskommission:
387 388	Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:	, unagonommoorom
389	ber of b offerbezingsparterag mage beschilesert.	
390	Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefor-	
391 392	dert, umgehend einen Gesetzesentwurf zu ver- fassen und dem Bundestag vorzulegen, um	
393	die Mietpreisbremse zu ergänzen und effizien-	
394	ter zu machen.	
395 396	Kernpunkte des Gesetzentwurfs sollen sein:	
397	 Mieterhöhungen können vorüberge- 	
398	hend auf die Höhe der Inflationsrate be-	
399	grenzt werden.	
400 401	 Die Begrenzung kann bundesweit, regi- onal oder auch nur für einzelne Kommu- 	
402	nen oder Stadtteile erfolgen, sofern der	
403	Wohnungsmarkt dort angespannt ist.	
404	 Die Begrenzung kann je nach Bedarf 	
405	wiederholt ausgesprochen werden.	
406	 Um die Einhaltung des neuen Gesetzes 	
407	und der bestehenden Mietpreisbremse	
408	adäquat überwachen zu können, wer-	
409 410	den entsprechende Ressourcen vorge- sehen.	
411	John Marie M	
412		
413	Begründung:	
414		
415	Die SPD hat im September die absolut richtige	
416 417	Debatte über einen Stopp von Mieterhöhungen angestoßen, der gerade auch auf besonders von	
418	Wohnungsknappheit und Preissteigerungen be-	
419	troffene Gebiete abzielt. Wir wollen mit diesem	
420	Antrag die Bundes-SPD unterstützen und die	
421	Bundestagsfraktion ermutigen, in ihrer Rolle als	
422	Teil der Legislative ein entsprechendes Gesetz	
423	einzubringen, das die für uns unverzichtbaren,	
424	oben genannten Kernpunkte enthält.	
425 426		
427	Weiterleiten an:	

SPD-Bundestagsfraktion

ANTRAGSTELLER: AFA OLDENBURG-STADT	Bemerkungen
	Antragskommission
CENTURE DED MOSTEN DEL MOUNTAGE	1
SENKUNG DER KOSTEN BEI WOHNUNGSBAU	
UND -KAUF]
Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:	
Der SPD-Parteivorstand wird aufgefordert, einen Maßnah- nenplan vorzulegen, um die Kosten von Wohnungsneubau en und –käufen deutlich zu senken, damit Wohneigentum nuch für Durchschnittsverdiener*innen wieder erschwinglic vird.	
Ansatzpunkte sollen dabei an den unterschiedlichsten Orte	en
gesucht werden:	
Grunderwerbsteuer Makkeyen hij byen	
 Maklergebühren Bauvorschriften auf Landes- und Bundesebene 	
Steuerliche Abschreibungen	
 Immobilienpreise 	
 positiv Beispiele aus anderen Ländern" 	
p	
Begründung:	
Kaufund Dauus Mahahäusan hau Finantunasus kaunsa k	
Kauf und Bau von Wohnhäusern bzw. Eigentumswohnungen ha Den sich in den vergangenen Jahren vielerorts unverhältnismä-	
Big verteuert. Für viele Arbeitnehmerfamilien ist der Erwerb von	I
Nohneigentum, egal ob neu oder gebraucht, inzwischen uner-	'
schwinglich geworden.	
generaem	
Dies liegt allerdings nur zum Teil an der Preisentwicklung auf-	
grund von Angebot und Nachfrage. Andere Faktoren wie Grund	<i> -</i>
erwerbsteuer und Bauvorschriften spielen ebenfalls eine erhebl	i-
che Rolle.	
Durch die systematische Suche nach sinnvollen Entlastungs-	
möglichkeiten, gerne auch mit Hilfe eines Blicks ins nahe Aus-	
and, soll dazu beitragen, die Kosten zu senken und die Eigen-	
neimquote wieder zu erhöhen.	
Maitarlaitan an	
Veiterleiten an:	
Veiterleiten an: SPD-Parteivorstand	

ANTRAG NR. AS3 ZUM UB-PARTEITAG SPD OLDENBURG AM 10.11.2018 ANTRAGSTELLER: AFA OLDENBURG-STADT Bemerkungen Antragskommission: MIETSPIEGEL MIT ALLEN BESTANDSMIETEN Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen: Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine Geset-zesänderung für einen verbesserten Mietspiegel zu entwer-fen. Dieser soll zukünftig alle Bestandsmieten berücksichti-gen und nicht nur die in den letzten vier Jahren neu verein-barten oder geänderten Mieten. Begründung: Eine ähnliche Initiative ging von der Bundestagsfraktion bereits 2012 aus, versandete aber. Die jetzige Berechnung des Miet-spiegels, die nur die letzten vier Jahre berücksichtigt, trägt dazu bei, dass die Mietpreisbremse nicht wie gewünscht greifen kann. Sie verzögert Preiserhöhungen nur kurzfristig, verhindert sie aber nicht. Weiterleiten an: SPD-Bundestagsfraktion

ANTRAG NR. AS4 526 ZUM UB-PARTEITAG SPD OLDENBURG AM 10.11.2018 527 ANTRAGSTELLER: AFA OLDENBURG-STADT 528 Bemerkungen Antragskommission: 529 Annahme mit Änderungen BUNDESWEITES WOHNUNGSBAUPROGRAMM 530 531 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen: 532 533 Die SPD-Bundestagsfraktion wird zu einer Gesetzesinitiative 534 für ein bundesweites, staatlich gesteuertes Programm für 535 den sozialen Wohnungsbau aufzulegen. Ziel soll die Ver-536 dopplung des Bestands an Sozialwohnungen von jetzt ca. 537 1,2 auf 2,4 Mio. Einheiten sein. 538 539 Diese Wohnungen sollen einer dauerhaften Mietpreisbin-540 dung unterliegen. Sofern der nötige Baugrund Investoren 541 überlassen werden muss, hat dies unter Erbpacht zu ge-542 schehen. Die Rendite der beteiligten Wohnungsbauunter-543 nehmen ist auf maximal 4 % zu deckeln. 544 545 Begründung: 546 547 In weiten Teilen Deutschlands herrscht eklatanter Mangel an 548 günstigem Wohnraum. Trotzdem ist die Zahl der Sozialwohnun-549 gen von 2002 bis heute von 2,5 Mio. auf 1,2 Mio. zurückgegan-550 gen. Statt sozialen Wohnraums wurde eher Wohneigentum ge-551 fördert, welches sich ohnehin nur mittlere und obere Einkom-552 mensschichten leisten können. 553 554 Durch ein umfassendes, klaren Regeln unterliegendes Woh-555 nungsbauprogramm kann dieses Problem gelindert werden. Da-556 bei muss sichergestellt sein, dass die Wohnungen nicht mittelfris-557 tig durch ein Auslaufen der Preisbindung in den normalen Woh-558 nungsmarkt kommen. Außerdem soll der Profit der beteiligten 559 Unternehmen nicht im Vordergrund stehen, sondern die Verwirk-560 lichung des Menschenrechts auf Unterkunft. 561 562 Weiterleiten an: 563 564 SPD-Bundestagsfraktion 565 566 567 568 569 570 571 572 573

ANTRAG NR. AS5....
zum UB-Parteitag SPD Oldenburg am 10.11.2018
ANTRAGSTELLER: OV SÜD
577

Bemerkungen Antragskommission:

ERWEITERUNG § 125 NKOMVG

 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Der Nds. Landtag möge den § 125 NKomVG (Veräußerung von kommunalem Vermögen, ...) im Sinne der Förderung von preiswertem Wohnraum um einen fünften Absatz ergänzen, der sinngemäß folgende Fassung erhält:

(5) Zur Schaffung preiswerten Wohnraums über einen Zeitraum von 10 Jahren nach Inkrafttreten dieser Vorschrift, haben die Kommunen das Recht, die Verkaufspreise von kommunalem Bauland für die Erstellung von gefördertem Geschosswohnungsbau bei Feststellung eines angespannten lokalen Wohnungsmarktes um bis zu 70 % des vollen Wertes nach Abs. 1 zu senken.

 Über die Feststellung eines angespannten Wohnungsmarktes beschließt der Rat der Gemeinde/Rat der Stadt nach eigenem Ermessen, ebenso über die Höhe der Preisreduzierung im oben genannten Maximalrahmen.

2. Als geförderter Wohnraum im Sinne dieser Vorschrift gilt der Wohnraum im Sinne der §§ 4, 5 WoBindG in Verbindung mit dem NWoFG.

3. Wohnungen, die auf preisreduziertem kommunalen Bauland nach dieser Vorschrift errichtet werden, müssen vom Begünstigten mindestens 15 Jahre im Bestand gehalten werden.

- 4. Diese Vorschrift findet Anwendung auf alle niedersächsischen Städte mit mehr als 75.000 Einwohnern.
- Sofern Gemeinden ebenfalls derartige Beschlüsse fassen wollen, bedürfen entsprechende Beschlüsse der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Begründung:

Die bisherige Rechtslage verbietet es den Kommunen, grundsätzlich Vermögen unterhalb des vollen Wertes zu veräußern.

Dies führt insbesondere in Ballungsräumen dazu, dass wohnungswirtschaftlichen Bestandshaltern die Realisierung von preiswertem Wohnraum erschwert wird, wenn nicht gar unmöglich gemacht wird.

Gerade kommunales Bauland, insbesondere wenn es sich um Flächen für den Geschossmietwohnungsbau handelt, sollte zu günstigeren Konditionen abgegeben werden, um das gesellschaftliche Ziel "Förderung bezahlbaren Wohnraums" zu erreichen.

Es ist nicht im Sinne kommunaler Baulandentwicklung, aufgrund der temporären Marktsituation, zur Verteuerung von Bauland für geförderten Mietwohnungsbau und damit zur Mietpreisexplosion bei zu tragen.

In der Stadt Oldenburg war diese Misere im Bereich des neuen Baugebietes "Am Bahndamm" im Südosten von Oldenburg zu erkennen. Durch Preise pro Quadratmeter von mindestens 335,-Euro im Geschosswohnungsbau wird der geförderte Wohnungsbau zunehmend erschwert.

Für die geplanten Baugebiete im Bereich des alten Fliegerhorstes im Stadtnorden ist sogar mit weit höheren Preisen für den Quadratmeter zu rechnen. Nebenbei steigen dadurch die Quadratmeterpreise in den umliegenden Wohngebieten weiter an. Die städtischen Grundstücke führen daher nicht mehr zu einer Beruhigung des angespannten Grundstücksmarktes, wie es früher einmal war, sondern befeuern die Aufwärtsspirale weiter.

Oldenburg, 02.10.18

Weiterleiten an: